



Klaus Zwickel

Angestelltenkonferenz der IG Metall
„Mitgestalten. Mitverantworten.
Zukunft entwickeln“
im Bildungszentrum Sprockhövel

„Die neue Rolle der Gewerkschaften - Interessenpolitik als Zukunftsaufgabe“

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung
2. Angestelltenpolitik als Zukunftsaufgabe
3. Aktuelle innenpolitische Lage
4. Interessenpolitik als Zukunftsaufgabe
5. Schluss: Irak-Konflikt

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

1. Einleitung

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

Mitgestalten. Mitverantworten. Zukunft entwickeln. So lautet das Motto der diesjährigen Angestelltenkonferenz. Es ist ein gutes Motto, weil es treffend beschreibt, worum es aktuell geht. Ja, wir gestalten mit - betrieblich, tarifpolitisch, sozial- und wirtschaftspolitisch. Ja, wir tragen Mitverantwortung - in den Betrieben, in der Tarifpolitik und als gesellschaftlicher Akteur.

Und wir entwickeln Zukunft. Wir formulieren Reform Perspektiven für unsere Gesellschaft und für unsere IG Metall. Wir entwickeln Vorstellungen, wie die Menschen in unserer Gesellschaft, in unserer **Arbeitsgesellschaft** des 21. Jahrhunderts, so gut wie möglich leben kann.

Mit der „Offensive 2010 - Chancen für eine bessere Zukunft“ haben wir ein Zukunftsmanifest vorgelegt, das nicht nur analysiert: Wo stehen wir? Sondern in dem auch Perspektiven dazu entwickelt werden, wo wir hinwollen. Auch und gerade in der Angestelltenfrage.

2. Angestelltenpolitik als Zukunftsaufgabe

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen!

„Die neue Rolle der Gewerkschaften - Interessenpolitik als Zukunftsaufgabe“ - das sind die Stichworte, zu denen ich heute morgen etwas sagen möchte.

Wir wissen alle, wie sich die Arbeits- und Beschäftigungsformen in den letzten Jahren verändert haben: Alte Berufsbilder sind verschwunden und neue entstanden. Die Erwerbstätigkeit von Frauen hat stark zugenommen und wird weiter wachsen. Der Anteil der unbefristet Vollzeitbeschäftigten sinkt zugunsten anderer Beschäftigungsformen wie Teilzeit, Befristung, geringfügige Beschäftigung. Die Qualifikation der Beschäftigten ist hoch - und die Qualifizierungsanforderungen steigen weiter. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes steigt - und in der IT-Branche wächst die Arbeitslosigkeit. Arbeitszeitflexibilisierung hat vielfach zu Entgrenzung von Arbeit geführt - und zu selten neue Freiheiten der Arbeitszeitgestaltung für die Beschäftigten mit sich gebracht. Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten haben den beruflichen Alltag vielfach völlig verändert - manches erleichtert, anderes erschwert. Leistungsdruck und Leistungsverdichtung sind durchgehend gestiegen, das Interesse an der eigenen Arbeit, die Selbstverwirklichung durch den Job aber auch.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen!

Von diesen Trends sind vor allem die Angestellten betroffen. Von diesen Trends ist auch die gewerkschaftliche Interessenvertretung betroffen. Deshalb gilt: Konstruktive gewerkschaftliche Angestelltenpolitik ist moderne Interessenpolitik. Und gleichzeitig gilt, dass Angestelltenpolitik Zukunftspolitik auch für die Gewerkschaften selbst - gerade auch für die IG Metall - ist. Wir haben ca. 300.000 Mitglieder, die Angestellte sind. Das entspricht ungefähr 17 Prozent unserer betriebstätigen Mitglieder. Tatsächlich sind um die 50 Prozent der Beschäftigten in unserem Organisationsbereich Angestellte. Tendenz steigend.

Diese Zahlen machen deutlich: Die Angestelltenfrage ist **die entscheidende** strategische Schlüsselaufgabe der IG Metall. Für die Zukunftssicherung der IG Metall ist es die **vordringlichste** Aufgabe, in den unterschiedlichen Angestellten- und Dienstleistungsbereichen stärker als bisher Fuß zu fassen.

Das ist heute nicht einfacher als vor zehn oder auch zwanzig Jahren. Ganz im Gegenteil. Und es ist angesichts des strukturellen Wandels heute ungleich notwendiger als damals. Aber es gibt - davon bin ich fest überzeugt - Wege und Möglichkeiten, diese Aufgabe zu bewältigen. Dazu gehört, dass wir die höchst unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und Interessen der Angestellten in Tarifverträgen berücksichtigen. Der Ingenieur in Projektarbeit oder die Programmiererin in Teilzeit, oder auch der ungelernete Arbeiter, die Facharbeiterin - sie arbeiten nun einmal unter völlig unterschiedlichen Bedingungen. Aber sie haben alle das Recht und den Anspruch darauf, dass ihre Interessen in einer solidarischen Interessenvertretung berücksichtigt werden. Und finden sie sich nicht darin wieder - dann haben sie auch keinen Grund, der IG Metall oder einer anderen Gewerkschaft beizutreten. Das muss uns klar sein.

Deshalb lasst uns daran arbeiten, Konzepte für eine tragfähige differenzierte Interessenpolitik zu entwickeln. Gute Beispiele sollen Schule machen. Kreative Projekte können neue Ideen entwickeln. Und alle Gliederungen der IG Metall müssen stärker als bisher auf dieses Ziel ausgerichtet werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
gerade den gut und bestens Qualifizierten, den gut oder besser Verdienenden müssen wir allerdings auch deutlich machen: Das Fundament des Sozialstaats, Arbeitnehmerrechte und Tarifautonomie wurde erkämpft. Und es ist nicht selbstverständlich, dass es bis ans Ende aller Tage hält. Da braucht man nur in andere Länder zu gucken, wie schnell scheinbar selbstverständliche Errungenschaften in Frage gestellt werden, wenn sie keine starke Lobby haben.

Deshalb sind starke Gewerkschaften eine notwendige Kraft in unserem Sozialstaat! Und zur Stärke der Gewerkschaften können und müssen in ihrem eigenen Interesse künftig mehr als bisher auch diejenigen beitragen, die glaubten, auf Gewerkschaften oder Betriebsräte verzichten zu können!

Für eine starke gewerkschaftliche Interessenpolitik der Zukunft ist also beides notwendig und miteinander verzahnt: Nämlich das wir die differenzierten Interessenlagen aufgreifen und daraus tragfähige und durchsetzungsfähige gewerkschaftliche Positionen formulieren. Und das wir vor allem den Angestellten deutlich machen, dass Gewerkschaften kein Selbstzweck sind, sondern die legitime und notwendige Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten. Daher werden mit den diffamierenden Angriffen gegen die Gewerkschaften die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen schlechthin und besonders die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter angegriffen. Niemand von uns darf sich das gefallen lassen!

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen!
Angestellter zu sein, heißt längst nicht mehr automatisch, gute Arbeits- und Bezahlungsbedingungen zu haben. Es gibt nicht **den** Angestellten. Aber der Angestellte ist der Prototyp des Facharbeitnehmers der Zukunft: Er verrichtet qualifizierte Arbeit. Es gibt eine große Bandbreite an unterschiedlichen Tätigkeiten. Und Angestellte - in klassischen und neuen Tätigkeiten - stellen eine immer größer werdende Mehrheit der Beschäftigten.

Vor diesem Hintergrund erhält der ERA eine grundlegende Bedeutung. Der Wandel der Arbeitsgesellschaft **und** die Stärke der IG Metall waren es, die den ERA - den gemeinsamen Entgelttarifvertrag für alle Beschäftigten - durchgesetzt haben. Die Zeit war dafür jetzt - endlich - reif. Uns ist mit dem ERA etwas gelungen, was in den Sozialversicherungen längst überfällig ist: ein gemeinsamer, einheitlicher Arbeitnehmerbegriff. Ich höre gelegentlich, dass manche Angestellte befürchten, dass ihre Arbeit damit abgewertet wird. Ich halte das für falsch und die Ängste für

überflüssig! Denn ERA ist **die** Chance, ein einheitliches und transparentes Entlohnungssystem für alle zu schaffen.

3. Aktuelle innenpolitische Lage

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen,
im Februar hat die SPD in zwei wichtigen Landtagswahlen - Hessen, Niedersachsen - hoch verloren. Für die SPD kam die verlorene Kommunalwahl in Schleswig-Holstein hinzu. Aber wer vor einem halben Jahr erwartet, dass die rotgrüne Bundesregierung sich heute in einem solchen Stimmungstief befinden würde. Eine schlechte ökonomische Lage und katastrophale Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt markieren die sachlichen Probleme. Aber es gibt noch weitere Gründe.

Erstens: Rot-Grün hat Vertrauen verspielt und die Wähler verunsichert: Was haben wir denn erlebt in diesem Winter? Einen nicht mehr nachvollziehbaren Zickzackkurs. Ankündigungen, die zurückgezogen, kommentiert, widerrufen, erneuert wurden und schließlich in die Ablage kamen. Klare, eindeutige politische Perspektiven blieben Fehlanzeige. Es war **nicht** eine zu große Gewerkschaftsnähe, sondern die Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung Ursache dafür, dass sich Hunderttausende Wähler enttäuscht von der SPD abgewandt haben - in Wahlenthaltung und zur CDU.

Zweitens: In der Union tobt ein erbitterter Kampf. Die eine Seite - auf der jemand wie Peter Müller und wohl auch Angela Merkel stehen - hält fest an der Idee des Sozialstaates. Und die andere Seite vertritt Friedrich Merz. Er kann bis heute seine innerparteiliche Niederlage gegen Frau Merket nicht akzeptieren. Aber er kämpft nicht nur um persönliche Macht und Einfluss in der Union. Merz will Revanche und verbindet dies mit der strategischen und inhaltlichen Umorientierung der Union. Merz will aus den Christdemokraten der sozialen Marktwirtschaft eine ungehemmt marktradikale Partei machen - Margret Thatcher lässt grüßen. Merz will aus der Bundesrepublik einen neokonservativen Musterstaat machen: ökonomische Macht soll künftig weder politisch begrenzt noch sozial gestaltet werden. Merz will den Systemwechsel. Und er hat im Pseudoliberalen Pappkameraden Westerwelle einen willfährigen Helfershelfer!

Drittens: Die Arbeitgeberverbände wollen die ökonomische Krise und steigende Arbeitslosigkeit für ihre Ziele nutzen. Sie wollen sich die soziale Einbindung der Marktwirtschaft vom Hals schaffen. Es ist doch ein Treppenwitz, dass ausgerechnet Banker, Manager und Vorstandsvorsitzende, die für Pleiten, Krisen und Entlassungen verantwortlich sind, am lautesten über Rechte von Arbeitnehmern klagen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
Wir werden nicht durchgehen lassen, dass diese alte Taktik „Haltet den Dieb“ aufgeht!

Ich erinnere an die sogenannte „New Economy“ - wie eine Seifenblase geplatzt. Ich erinnere an MobilCom und Intershop, aber auch an die Deutsche Bank und an Leo Kirch. Ich erinnere an Dornier und an CargoLifter, an Philipp Holzmann und an Babcock.

Und ich stelle die Frage: Wer ist denn für diese Unternehmenskrisen und Pleiten verantwortlich? Michael Sommer? Frank Bsirske? Klaus Zwickel? Oder die Betriebsräte der Unternehmen? Nein, die Verantwortlichen sind andere! Marktversagen und Missmanagement haben das ABC der Unternehmenspleiten

und Firmenzusammenbrüche geschrieben - und weder Betriebsräte noch Gewerkschaften!

Viertens: Hinzu kommt eine politisch-mediale Kampagne, wie sie die Bundesrepublik bisher nur selten erlebt hat. Um nicht missverstanden zu werden:

Es ist das Recht der Medien, dass sie die Regierung und natürlich auch die Oppositionsarbeit einschätzen. Aber es ist nicht akzeptabel, wenn Verleger, Chefredakteure, Fernseh- und Radiojournalisten **ihre publizistische Macht** missbrauchen, um eine aus einer demokratischen Wahl hervorgegangenen Regierung ins Aus zu kommentieren.

4. Interessenpolitik als Zukunftsaufgabe

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen!

Wir haben die Bundesregierung immer wieder aufgefordert, ein Gesamtkonzept zum Abbau der Arbeitslosigkeit und Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zu entwickeln und darzustellen. Das hat der Kanzler nun getan. Jetzt bewerten wir die Vorschläge des Bundeskanzlers nach drei einfachen Kategorien. 1. Wo können wir „Ja“ sagen und zustimmen? 2. Wo können wir mitmachen, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind? 3. Wo müssen und werden wir „Nein!“ sagen?

Gerhard Schröder hat seine Regierungserklärung am Freitag unter des Motto gestellt: Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung. Den Mut zum Frieden unterstützen wir mit allen Nachdruck. Ich komme darauf noch zu sprechen. Beim Mut zur Veränderung frage ich: Von wem wird Mut verlangt? Und wem wird was zugemutet? Mut z.B. zu Investitionen und Innovationen, zur zukunftsweisender Beschäftigungssicherung anstatt einfalllosem Beschäftigungsabbau. Mut zur Zukunft statt Jammern über die Gegenwart. Dieser Mut wird von den Unternehmen, wird von der Wirtschaft **nicht** verlangt. Aber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, insbesondere den Arbeitslosen **wird** einiges zugemutet. Sucht man nach einer gemeinsamen Wertung dieser Regierungserklärung, so lautet sie nach meiner Auffassung: Nur Appelle an die Wirtschaft und Einschnitte für Arbeitnehmer und Arbeitslose! Das ist die Botschaft dieser Rede.

Die Einschnitte im sozialen Netz werden nicht zu mehr Wachstum und mehr Beschäftigung führen. Aber zu mehr Verunsicherung - und immer höheren und einseitigen Belastungen bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und bei den Rentnern. An einem zentralen Punkt geht die Regierungserklärung in die richtige Richtung: Ich meine des Konjunkturprogramm von 15 Milliarden €, 7 Milliarden für die kommunale Investitionen und 8 für die private Wohnungsbausanierung. Das Problem allerdings: Die Kommunen sind so verschuldet, dass sie rein rechtlich keine Kredite mehr aufnehmen dürfen - egal wie billig sie sind. Und daher reicht dieser Schritt nicht.

Gerhard Schröder hat Recht: Der Stabilitätspakt von Maastricht darf nicht statisch interpretiert werden! Das heißt aber: Jetzt muss mehr Geld in Investitionen gepumpt werden. Und zwar - wie man sagt - „fresh money“, und nicht nur zinsverbilligte Kredite, die die Kommunen nicht nutzen können - oder gar der elende Verschiebebahnhof bei der Sozialhilfe. Das können wir nicht akzeptieren.

Bei den angekündigten Veränderungen bei Arbeit und Ausbildung gibt es nur einen Lichtblick: Erstmals macht Schröder - auch wenn es ihm sichtlich schwer fällt - die Ausbildungsabgabe zu seinem Thema. Er kündigt eine gesetzliche Regelung an, wenn die Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände ihre Zusage wieder nicht einhalten. Die Zahlen sprechen für sich: 110 000 Ausbildungsplätze fehlen, 70 Prozent der Betriebe bilden nicht - oder nicht mehr - aus. Wir nehmen dich beim Wort, Gerhard

Schröder! 2003 muss das Testjahr sein. Und Anfang 2004 muss der entsprechende Gesetzentwurf eingebracht werden, wenn Ausbildungsplätze fehlen.

Andere Punkte in der Arbeitsmarktpolitik sind nicht Ausdruck von Mut, sondern Zumutungen. Dies gilt insbesondere für die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe. Das ist eine klare Abkehr von den Vorschlägen der Hartz-Kommission und ein Bruch eines Wahlversprechens. Wir wehren uns nicht gegen **die Zusammenführung** - gegen aktive Arbeitsvermittlung aus einer Hand. Aber wir sagen entschieden Nein **zur Absenkung!** Beim **Kündigungsschutz** bleibe ich dabei: Wir sind für eine Bestandaufnahme, ob und wo der Kündigungsschutz wirklich Einstellungen behindert. Das WSI hat dafür hervorragende Argumente zusammengestellt. Wir wären also für eine sachliche Debatte gut gerüstet. Und wir können darüber reden, ob wir bestimmte Ergebnisse der Rechtsprechung ins Gesetz aufnehmen.

Aber der Kündigungsschutz darf im Ergebnis nicht verschlechtert werden. Wo sind wir denn, das Symbolpolitik auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen gemacht wird, die immer mehr Angst um ihre Arbeitsplätze haben? Wissen Schröder und Clement eigentlich, was sie in der jetzigen Situation damit anrichten?

Bei der **Krankenversicherung** ist die Aussage klar: Das Krankengeld soll privat versichert werden. Zuzahlungen werden erhöht und für Arztbesuche muss man demnächst Eintrittsgebühr bezahlen. Beides belastet ausschließlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer! Besonders die Langzeitarbeitslosen. Aber: Kein Wort über die Ausweitung der Versicherungspflicht. Oder über die Verbreiterung der Einkommensbasis für die Beitragspflicht. Funkstille erst recht und auch dazu, die längst nicht mehr vorhandene paritätische Finanzierung durch eine Ergänzungsabgabe der Wirtschaft wiederherzustellen. Das wäre wirklich „Mut zur Veränderung“. Das hieße, sich mit anderen Gruppen der Gesellschaft anlegen, nicht nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern!

Und schließlich zu den Aussagen zu **Gewerkschaften und Tarifpolitik**. Keine Frage: Der Bundeskanzler weist die Angriffe auf die Gewerkschaften entschieden zurück. Und bekräftigt Mitbestimmung und Flächentarifvertrag. Schröder unterstreicht die Flexibilität der Tarifverträge und die Existenz von betrieblichen Bündnissen für Arbeit in diesem Rahmen. Soweit so gut. Aber dann kommt jener Satz, der unsinnig, überflüssig und höchst gefährlich ist. Ich meine die Drohung mit gesetzlichem Handeln. Ich sage deutlich: Ich gehe nicht davon aus, dass bei einer rot-grünen Koalition eine solche Regelung eine Mehrheit finden würde. Das würde den geschlossenen und entschlossenen Widerstand aller Gewerkschaften in Deutschland auf den Plan rufen. Aber Gerhard Schröder hat die Fährte gelegt, auf der die Union nun Monat für Monat gehen wird. Dieser Satz ist - wenn nicht mehr - zumindest eine bodenlose Dummheit. Er ist Wasser auf die Mühlen der Arbeitgeber. Und er belastet das Verhältnis zwischen Bundesregierung und Gewerkschaften schwer. Soweit zur Wertung der Regierungserklärung.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen!

Wir dürfen uns da allerdings nichts vormachen: es gibt mittel- und langfristig **keine** Option für eine andere Mehrheit - erst nicht für eine, die unseren reformpolitischen Vorstellungen näher ist als die jetzige Regierung. Das ist eine ganz schlichte Tatsache. Deshalb kann es für uns auch keinen totalen Konfrontationskurs geben. Wer mit solchen Gedanken spielt, der verkennt, dass Konfrontation in Isolation führt.

Unseren Anspruch, mitzugestalten, wenn es um die Zukunft der Arbeitsgesellschaft, um die Arbeitsmarktpolitik, um die sozialen Sicherungssysteme und um Arbeitnehmerrechte geht, können wir nur dann gerecht werden, wenn wir unseren

Einfluss auf diese Regierung behalten. Nur so werden wir den Bedürfnissen unserer Mitglieder gerecht und vertreten die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen! Und es sind exakt deren Interessen, die unser Maßstab bei der Beurteilung der Kanzlerrede vom Freitag sind.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Zur gewerkschaftlichen Interessenpolitik gehört nicht nur die Berliner Bühne. Zur gewerkschaftlichen Interessenpolitik gehört auch, die aktuellen Angriffe auf uns zu parieren.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen!

Ein guter Fechter kann sowohl mit dem Säbel als auch mit dem Florett umgehen. Und das können wir auch! Wir müssen deshalb jetzt zweierlei tun: Erstens diese Angriffe klar zurückweisen. Und zweitens geht es darum, unsere Gestaltungskraft offensiv darzustellen. Gerade jetzt geht es darum, mit zukunftsweisenden Vorschlägen zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen, zur Weiterentwicklung von Tarifpolitik, zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, zum Umbau des Sozialstaates und zu anderen zentralen gesellschaftlichen Fragen als Gestaltungskraft zu überzeugen. Das wir das **tun**, ist nicht neu. Aber wir müssen viel offensiver **darstellen**, wo die Kompetenzen der Betriebsräte und der Gewerkschaften liegen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Interessenpolitik als Zukunftsaufgabe - das heißt vor allem, die Interessen unserer Mitglieder und derjenigen, die wir gewinnen wollen, nicht nur aktiv zu vertreten, sondern das auch offensiv darzustellen. Wir sind reformbereit - unsere Messlatte sind die Interessen der Beschäftigten. Das ist eine Botschaft, die wir nachdrücklich vertreten. Und wir sind bereit, die Vielfalt der Interessen nicht nur zu akzeptieren, sondern auch zu vertreten.

„Vielfalt solidarisch gestalten“ - das ist nicht nur das Motto unseres Gewerkschaftstages im Oktober. Sondern das beschreibt auch unseren Willen, die angesichts der gewandelten Herausforderungen in der Arbeitswelt differenzierte Interessenlage offensiv aufzugreifen und zu kreativ zu vertreten. Deshalb dürfen wir den Angriffen nicht mit geballten Fäusten in den Taschen begegnen. Damit kommen wir nicht aus der Defensive raus.

Wir müssen unseren Gestaltungswillen unterstreichen und unsere Mobilisierungskraft nutzen. Wir müssen deutlich machen können, dass unsere Mitglieder nicht einverstanden sind mit dem Bild, das derzeit mit aller Gewalt versucht wird, in der Öffentlichkeit von uns zu zeichnen. An diesen Beschimpfungen und Verleumdungen haben einzelne innerhalb der Opposition Interesse, die gezielt auf einen Regierungsturz hinarbeiten. Und viele in den Medien, die diese Kampagnen anheizen und ausführen!

„Früher hat der Winter für Arbeitslosigkeit gesorgt, heute ist es der Sommer“: Wer ein solches Zitat in die Welt setzt, der hat entweder nichts kapiert oder kein Interesse an einem sozialen Frieden im Land. Ich sage deutlich: Die Macht der Gewerkschaften wird gezielt maßlos übertrieben und inhaltlich verzerrt dargestellt. Aber nicht die Macht der Gewerkschaften, sondern die Macht der Medien ist in den letzten Wochen schamlos missbraucht worden! Macht verlangt Verantwortung, nicht nur bei den Gewerkschaften, sondern auch und gerade bei den Medien!

Verantwortung für unser Land zu übernehmen, erwarte ich auch von der Opposition. Ich frage mich manchmal, ob Merz und Westerwelle sich überhaupt darüber im klaren sind, was sie alles aufs Spiel setzen. Wir, die deutschen Gewerkschaften,

sind in guter Gesellschaft mit den Verfassungsmüttern und -vätern. „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ So steht es im Grundgesetz der Bundesrepublik in Artikel 20, Absatz 1. Wir müssen deutlich machen, dass es Merz, Westerwelle und Co. sind, die sich weit außerhalb des gesellschaftlichen Konsenses befinden. Damit werden wir allerdings nur Erfolg haben, wenn den Provokateuren ein starker und breiter Gegenwind ins Gesicht bläst. Deshalb nochmals meine Aufforderung: weder Lethargie noch geballte Fäuste in den Taschen helfen jetzt.

Ich sehe zwei Wege, die wir jetzt gehen sollten. Erstens: Wir sollten unsere Köpfe und Herzen dazu gebrauchen, um viele gegen die Angriffe von Merz und Co. zu sensibilisieren. Wir sollten unsere Hände benutzen, um die Telefonnummern von Angeordneten zu wählen, um ihnen unsere Meinung deutlich mitzuteilen. Zum Schreiben von Leserbriefen an Zeitungen, von Protestbriefen an Abgeordnete auch und vor allem der CDU/CSU. Wir sollten unsere Hände benutzen, um Flugblätter zu verteilen. Wir haben mit einem ersten „metall-aktuell“ noch mal unterstrichen: Wir sagen ja zu Reformen. Und wir sagen Nein zum Systemwechsel. Und wir haben darin konkrete Reformvorhaben vorgeschlagen: Das sind eine Investitionsoffensive, Sicherung der Tarifautonomie, Bestandsaufnahme der Arbeitsvertragsrechts und des Arbeitszeitgesetzes sowie die langfristige Sicherung und Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme.

Mindestens genauso wichtig ist ein zweites: Es muss uns gegen die weit verbreitete Medienstimmung gelingen, unser Image in den gesellschaftlichen Diskussion zu verbessern. Wir müssen klar machen, dass wir die Zukunft mitgestalten wollen, können und werden. Und keineswegs Blockierer und Neinsager sind.

Der DGB-Bundesausschuss hat eine Kommunikationskampagne beschlossen, die genau hier ansetzt. Diese Kampagne hat in erster Linie zum Ziel, unsere eigenen Mitglieder zu mobilisieren. Zentrale und regionale Veranstaltungen, vor allem in den nächsten Monaten, sollen dazu beitragen. Der DGB hat sich viel vorgenommen. Wir unterstützen das als IG Metall, weil es richtig ist, den Mitgliedern eine Orientierung zu geben und sie gegen die gelegentlichen Verunsicherungen und auch Verunglimpfungen zu unterstützen. Deshalb vertraue ich auch darauf, dass viele Verwaltungsstellen sich vor Ort in diese Kampagne einbringen.

In Ergänzung und in Absprache mit dem DGB hat der Vorstand der IG Metall eine Initiative beschlossen, die die soziale Verantwortung aller zivilgesellschaftlicher Kräfte fordern und fördern soll. Ziel ist, deutlicher und bewusster zu machen: Das deutsche - auch das europäische - Sozialstaatsmodell ist kein Auslaufmodell. Es gibt kein Gesellschaftsmodell - erst recht kein neokonservatives - das besser geeignet ist, Zukunft so gerecht wie möglich zu gestalten. Demokratie und Frieden, Freiheit für den Einzelnen und Solidarität in der Gemeinschaft - das gilt auch und erst Recht im 21. Jahrhundert. Das gilt auch und erst recht angesichts der politischen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen.

Beide Initiativen haben letztlich das Ziel, den Sozialstaat zu bewahren und zu erneuern - ihn aber nicht unter die Räder von Marktradikalität und Neoliberalismus kommen zu lassen. Wir wollen Persönlichkeiten aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen gewinnen, die mit uns für den Sozialstaat eintreten. Denn die Zukunft des Sozialstaates in Deutschland und des Prinzips Sozialstaat in Europa ist kein nur gewerkschaftliches, sondern ein gesellschaftspolitisches Thema ersten Ranges!

Das gilt für den deutschen wie für den europäischen Maßstab. Denn im Zentrum neokonservativer Auseinandersetzung steht Europa. Das erfahrt ihr nicht zuletzt in

den Betrieben als internationalen Konkurrenzdruck. Und fällt der europäische Sozialstaat, ist zugleich die Welt konservativ verengt - und das ist eine Entwicklung, die wir nun wirklich nicht wollen! Deshalb gilt es jetzt, soziale Verantwortung nicht nur bei uns, sondern auch bei anderen zu wecken und Kräfte dafür zu mobilisieren, dass der Sozialstaat unser gesellschaftliches Zukunftsmodell ist. Und nichts anderes!

5. Irak-Konflikt

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

So wichtig die innenpolitische Auseinandersetzung, so zentral die Gestaltung der Arbeitswelt der Zukunft und ein gewerkschaftliche Offensive für uns auch sind: Der drohende Krieg gegen den Irak ist das Thema, das uns alle wohl mindestens genauso sehr beschäftigt.

Am 15. Februar haben weltweit 10 Millionen Menschen für den Frieden demonstriert. Berlin hat mit 500.000 Demonstrantinnen und Demonstranten die größte Kundgebung in der Geschichte der deutschen Friedensbewegung erlebt. Und in vielen Städten haben zeitgleich Friedensdemos stattgefunden. Zahlreiche Verwaltungsstellen der IG Metall und DGB-Kreise gehörten zu den Organisatoren. Es war gut und richtig, dass sich so viele von uns daran beteiligt haben. Der Europäische Gewerkschaftsbund hatte auf meinen Vorschlag hin für den vergangenen Freitag dazu aufgerufen, dass die Beschäftigten für 10 Minuten die Arbeit ruhen lassen, um gegen einen drohenden Krieg zu demonstrieren. Und das Echo war überwältigend. Millionen Menschen sind diesem Aufruf in ganz Europa gefolgt. Und nur nebenbei bemerkt: Ich fand es regelrecht beschämend, dass der deutsche Arbeitgeberpräsident Hundt diese Aktion mit dem Hinweis ablehnte, politische Demonstrationen könnten in den Betrieben nicht geduldet werden. Wir als Gewerkschaften haben trotzdem gemeinsam mit den europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern öffentlich bekundet: Nicht in unserem Namen! Wir wehren uns gegen den drohenden Krieg! Und zwar mit allem Nachdruck!

Unsere gemeinsamen Ziele waren und sind: Wir wehren uns gegen die Logik einer Kriegsmaschinerie! Wir wollen, dass sie gestoppt wird. Und wir wehren uns dagegen, dass hegemoniale und ökonomische Interessen Menschen töten! Wir wollen, dass alle Möglichkeiten einer friedlichen Lösung ausgeschöpft werden. Wir wollen, dass die Waffeninspektoren mehr Zeit und Ressourcen bekommen!

Damit es kein Vertun gibt: Der Irak **wird** von einer undemokratischen und gefährlichen Clique regiert. Verfolgung, Folterung und Tötung Andersdenkender **sind** ihre Mittel zum Machterhalt. Deshalb **muss** die Herrschaft von Saddam Hussein so rasch wie möglich enden! Aber genauso richtig ist: Mit Krieg lassen sich politische Probleme nicht lösen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Keiner weiß im Moment, was wann passieren wird. Aber eines ist sonnenklar: Ohne die massive und laute Gegenwehr der Menschen wären die Mehrheitsverhältnisse im Weltsicherheitsrat sicherlich andere. Diese Gegenwehr hilft also den besonnenen Kräften. Sie hilft auch Chefinspektor Hans Blix. Denn man braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, dass er und seine Waffeninspektoren einem immensen Druck ausgesetzt sind. Diese Unterstützung hilft dem Sicherheitsrat, vor allem den Veto-Mächten. Es darf auf der Basis der bisherigen Ergebnisse von Blix und El Baradei nicht zu einer den Krieg legitimierenden Resolution kommen!

Und nach Lage der Dinge kommt es auch nicht dazu. Wenn Bush dennoch mit wenigen anderen Verbündeten in den Krieg zieht, haben wir eine Situation, deren Folgen nicht abzusehen sind. In einem solchen Krieg werden nicht nur unzählige unschuldige Opfer zu beklagen sein. Es wird auch der deutliche politische Wille der Völkergemeinschaft gebrochen. Die UNO wäre an den Rand gestellt und zur Bedeutungslosigkeit abgestempelt.

Nach dem Ende des Kalten Krieges ging es darum, die UNO zu reformieren und zu stabilisieren. Das Recht des Stärkeren sollte durch die Stärke des Rechts gebunden und gebändigt werden. Dieser Menschheitstraum wird brutal zunichte gemacht, wenn die Regierung der USA sich über das Recht stellt, den Willen der Völker ignoriert und sich über Beschlüsse der Staatengemeinschaft hinweg setzt. Deswegen muss es im Interesse aller sein, dass jede diplomatische Chance ergriffen wird, einen Militärschlag zu verhindern.

Es ist gut, dass sich die Bundesregierung aktiv und erfolgreich auf allen politischen Ebenen an diesen Bemühungen beteiligt - und sie zum Teil auch gezielt initiiert hat. Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer haben in dieser Frage die Bevölkerung hinter sich. Auch die IG Metall trägt den Kurs von Anfang an uneingeschränkt mit.

Noch habe ich die Hoffnung, dass der Frieden eine Chance hat. Tun wir alles dafür, dass der Krieg verhindert wird. Erinnern wir uns an das Wort von Willy Brandt:

Der Friede ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.